

ONIG
-Schleuder)
Auslese" Garant.
10 Pfund-Eimer
Ed.-Eimer RM 7.25
gegen Nachnahme.
Stor Körner,
5 (Bez. Hamburg.)

onium
ele, 19 Register,
ebraucht zu günst.
ngen zu verkaufen
Herford

o-Monti
iz.

ungsheim Tabor.
en Straße Locarno-
idyllisch, ruhiges,
im in klimatisch vor-
henlage, bietet Ihnen
Leib und Seele und
te Gelegenheit, die
des Südens kennen
lausendachten. Auf
klische. Eig. Auto,
bescheidene Preise,
ehr offen.

V. Keller, Prediger.
rt Emdenau
en-Land. Christl.
m.
e Andachten
rl. Hochgebirgs-
ne Landwirtschaft
i, Luft- u. Liege-
nger Trinkkuren
Kurtaxe
r im Hause, das
geöffnet. Illustr.
Diensten.
Die Verwaltung.

onig
nen-Blüten-Schleuder
hell, gelblich, mit
red. Nahrungsmittel-
ler, 2 Eimer, 10 Pf.
Bld.-Dose 6.50 RM, frei
in. Garant. Bünde
nennung von 10 Pf.
Refektor a. 2. Seindl
Erlangen 340.

Rosen.
Garten voller Blumen!
Std. Edelrosen in
ten mit Namen; prima

und
wagen
r. 4. leer von Minden
mund und Essen
ucktracht geschid
ler, Datteln i. W.
wer 28 / Ruf 245

strebamein
hhalter
verb., Blaufreigler,
le in der Landwirt-
hnl. Unternehmen?
e unter A 6382 an
stelle dies. Blattes.

mt-
Leitungs-
aschmittels

en das här-
wirtschaft-

da

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
0.35 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellbar. — Preis
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnnummer 10 Hfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Beilagen 30 Hfg. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 5 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 77. Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Dienstag, den 1. April 1930. 12. Jahrgang.

Herr, laß mich stille sein in dir
Und gib mir Kraft, nicht zu ermüden.
Allein durch deine Ruh wird mir
Der rechte innre Halt beschieden.
Und steh ich ganz in deiner Hand
Ist abgetan, was sonst mich band,
Und ich hab Himmelsfrieden.

Martin Ubrich.

Die Landwirtschaft, die Sozial- demokratie und wir Anderen.

Von Bürgermeister Bleicken, Euxhaven.

Daß ein großer Teil unserer Landwirtschaft jetzt von schwerer Not bedrückt wird, ist nicht zu bezweifeln. Einen amtlichen Ausdruck hat diese Not in dem sogenannten Not- und Hilfsprogramm der Reichsregierung gefunden. Ob und wie die Vorschläge der Regierung angenommen und in Taten umgesetzt werden, muß die Zukunft zeigen. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man glauben, daß, wenn sie voll durchgeführt würden, die Not auf lange hinaus beseitigt sei. Denn die Quellen dieser Not liegen tiefer als in den gegenwärtigen allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen; sie fließen schon seit Generationen und in all dieser Zeit haben Volkswirtschaftler und Politiker, Regierungen und die Landwirtschaft selbst sie zu ermitteln und einzudämmen versucht. Die Not der deutschen Landwirtschaft besteht also nicht seit heute oder gestern oder seit der Neubesetzung unserer Währung. So haben denn auch schon immer unsere politischen Parteien bestimmte Forderungen zur Beseitigung der landwirtschaftlichen Nöte aufgestellt. Einige von ihnen haben besondere Agrarprogramme — dies Fremdwort läßt sich keine entgehen — in neuerer Zeit aufgestellt. Zu diesen gehört die SPD, die auf dem Kieler Parteitag 1927 ein solches beschlossen hat. Es ist auffallend, wie wenig es bisher in der Öffentlichkeit behandelt worden ist, selbst in sozialistischen Blättern. Auch in den Berichten über die Stellung der großen Parteien und Wirtschaftsgruppen zu den neuesten Plänen für die Gesundung unserer Landwirtschaft sucht man vergebens nach einem Hinweis, geschweige denn nach einem Eingehen auf das Agrarprogramm der SPD. Und doch ist es von außerordentlicher Bedeutung, sowohl für die Entwicklung des Marxismus als auch für die volkswirtschaftlichen und nationalen Belange in unserer gegenwärtigen und künftigen Landwirtschaftspolitik. Deshalb will ich hier in großen Zügen das Wesentliche des Kieler Programms darstellen; zu einer eingehenden Darstellung fehlt der Raum.

Man muß, um das Kieler Programm der SPD richtig einzuschätzen, kurz auf die früheren, die Landwirtschaft betreffenden Lehren und Forderungen der deutschen Sozialdemokratie eingehen. Sie sind vor allem in dem von Marx selbst verfaßten „Kommunistischen Manifest“ von 1848 und im „Erfurter Programm“ von 1891 mit den parteiamtlichen Erläuterungen von Kautsky enthalten. Beide erklären, es sei eine wirtschaftliche Naturnotwendigkeit, daß, wie andere Teile des sogenannten Mittelstandes (Handwerk, Gewerbe, Handel), auch die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft durch den Großbetrieb aufgelöst werde, also unrettbar dem Untergang verfallen sei, ins Proletariat hinabsinke. Es sei deshalb widersinnig, das Bauerntum mit öffentlichen Maßnahmen künstlich am Leben erhalten zu wollen. Der leitende Gedanke 1848 und 1891 war eben, daß im freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte der Groß- und Kleinbetrieb auf allen wirtschaftlichen Gebieten dem Klein- und Mittelbetrieb überlegen sei. Das sei für den wissenschaftlichen Sozialismus ein wirtschaftliches Gesetz.

Nun aber spiegelt sich schon nicht ganz 40 Jahre nach der Aufstellung des Erfurter Programms die Welt der Wirklichkeiten doch etwas anders in den Köpfen der führenden Männer der SPD, und nicht allein in deren Köpfen. Die Partei als Ganzes hat sich mit einem einstimmigen Beschluß des Parteitag 1.27 grundsätzlich zur entgegen gesetzten Auffassung von der Entwicklung der Landwirtschaft bekehrt. Die SPD fordert kurz und bestimmt: „Die vorhandenen bäuerlichen Wirtschaften sind in ihrem Bestande zu schützen. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe, die eine nach den örtlichen Verhältnissen zu bestimmende, volkswirtschaftlich angemessene Betriebsgröße überschreiten — für den deutschen Osten etwa 750 Hektar — haben den überschüssigen Teil an die öffentliche Hand gegen Entschädigung abzutreten.“ Das Land soll vor allem zu Ansiedelungen für Landarbeiter und landlose

Landmannsöhne verwandelt werden. Das vorhin erwähnte wirtschaftliche Gesetz des „wissenschaftlichen Sozialismus“ ist für das Gebiet der Landwirtschaft auf den Misthaufen geworfen. Das Gegenteil der Lehren von 1848 und 1891 ist für die Landwirtschaft richtunggebend: Der Großbetrieb muß verkleinert, der bäuerliche Besitz muß erhalten und vermehrt werden. Anerkennungsmert ist hierbei, daß die Erläuterungen zu dem neuen sozialdemokratischen Agrarprogramm, von Krüger (jetzt Staatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium) und Baabe abgefaßt, diese völlige Schwelung unumwunden zugeben. Aus den angeführten allgemeinen Sätzen entwickelt das Agrarprogramm eine größere Zahl von Einzelforderungen, die sich in weiterem Umfang mit denen anderer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen decken. Ich nenne die Neuregelung des Pachtvertrags, bessere fachliche Ausbildung der jungen Landleute, Betriebsbeamtung, Ausbau des Genossenschaftswesens, Verbesserung der Verkehrszustände, preiswerte Versorgung mit Kunstdünger, Regelung des Absatzes, in der Besteuerung mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft, Schaffung günstiger Kreditbedingungen, Ansiedelung von Landarbeitern, Regelung der Arbeiterverhältnisse. Dazu kommen Forderungen, die das ländliche Wohlfahrtswesen und Kulturbedürfnisse betreffen: Volksbüchereien, Theater- und Musikwesen, Spiel und Sport, Bekämpfung des Alkoholismus usw.

Nach allem hat sich die SPD von utopischen Anschauungen und Forderungen der früheren Jahrzehnte zu einer nüchternen, mit der Wirklichkeit rechnenden Anschauung über den Zustand und die Bedürfnisse der Landwirtschaft bekehrt. Damit ist die Bahn endlich dafür frei geworden, daß sich die sogenannten bürgerlichen Parteien mit der SPD über wichtige, ja, entscheidende Angelegenheiten der deutschen Landwirtschaft in aller Sachlichkeit beraten und verständigen können. Ich denke dabei nicht nur an wirtschaftliche Belange, sondern auch an die nationalen unserer östlichen Gebiete. Gerade jetzt, wo die Not der Landwirtschaft zu Taten drängt, ist es von großem Wert, zu wissen, daß die SPD nicht mehr an alten starren Dogmen festhält, sondern zu praktischer Arbeit bereit ist, daß in den Kämpfen der Landwirtschaftspolitik der Schlachtruf „Nie Marxismus — nie Antimarxismus“ seinen Sinn verloren hat. Man muß deshalb fordern, daß die Politiker, die hier mitarbeiten und entscheiden wollen und sollen, sich eingehend mit dem Agrarprogramm der SPD beschäftigen.

Ist höhere Aufwertung möglich?

Die Frage der preussischen Sparkassenaufwertung ist in ein ganz neues Stadium getreten dadurch, daß die nun vorliegenden Aufwertungsbilanzen der Sparkassen ergeben, daß durchweg die Sparkassen auch in Preußen weit höher aufwerten können, als man früher annahm. Die Folge ist, daß die Sparkassen selbst sich dafür einsetzen, höher aufzuwerten, als wie es die derzeitige Durchführungsordnung erlaubt. Hierzu legen die Sparkassen vorstünde sich selbst dafür ein, daß der sogenannte Ausgleichsstock in Berlin beseitigt werden soll. Ueber allen Zweifel sachverständig und mit einem seit 1918 nicht alltäglichen Freimut vertritt jedoch das Recht der Sparerk und der Sparkassen eine Denkschrift, welche Herr Oberbürgermeister Kinnit in Wanne-Eickel dem Preussischen Landtag hat zugehen lassen und aus der wir folgenden Auszug bringen:

„Wanne-Eickel, den 7. März 1930.

Denkschrift betr. die Notwendigkeit einer höheren Aufwertung durch die Sparkassen

von Oberbürgermeister Kinnit, Wanne-Eickel.
An die Mitglieder des Preussischen Landtages.
Die Aufwertungsbilanzen der preussischen Sparkassen sind fertiggestellt und der Regierung eingereicht. Diese haben ergeben, daß die Aufwertungsmaße der Sparkassen bedeutend höher ist, als man bisher angenommen hat. So ergibt sich für die Sparkasse Wanne-Eickel nach Maßgabe der Aufwertungsbilanz, die aufgestellt ist nach den Vorschriften der Regierung, eine Aufwertungsquote von 55 vom Hundert. Auch bei anderen Sparkassen, wie zum Beispiel Bielefeld, Neuf, Castrop-Rauzel, Wattenscheid, Gelsenkirchen usw. geht die in der Aufwertungsmaße liegende Aufwertungsquote weit über den vorgesehenen Aufwertungsatz von 15 vom Hundert hinaus. Die Aufwertung einer höheren Aufwertungsquote kann jedoch nicht erfolgen, solange die 4. Preussische Ausführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz vom 26. Juli 1927 zu Recht besteht, da nach dieser Ausführungsverordnung nur eine Aufwertung von 15 v. H. gezahlt werden kann. Dieser Satz von 15 v. H. ist nach der genannten

Durchführungsverordnung sowohl Mindest- wie Höchstgrenze. Bezüglich des über 15 v. H. hinausgehenden Mehrbetrages bestimmen §§ 2 und 3 der genannten Verordnung folgendes:

„§ 2. Zum Zwecke der Aufbringung der durch die Erhöhung des Aufwertungsatzes von 12 1/2 v. H. auf 15 v. H. erforderlichen Mittel wird ein Sparkassenausgleichsstock gebildet, über dessen Verwaltung und Verwendung der Minister des Inneren Bestimmung trifft.“

§ 3. Sparkassen, bei denen das aufgewertete Sparkassenvermögen ihre Aufwertungsverbindlichkeiten übersteigt, sind verpflichtet, den überschüssigen Betrag dem Sparkassenausgleichsstock zuzuführen. Sparkassen, bei denen das aufgewertete Sparkassenvermögen nicht ausreicht, um die letzten 2 1/2 % ihrer Aufwertungsverbindlichkeiten zu decken, sind berechtigt, aus dem Sparkassenausgleichsstock entsprechende Zuschüsse zu verlangen.“

Diese Bestimmung ist äußerst ungerecht. Weiter trifft sie nur eine unvollständige Regelung über die Verwendung der an den Ausgleichsstock abzuführenden Summen, da jetzt schon feststeht, daß diese Summen bei weitem größer sind, als zur Auffüllung einer allgemeinen Aufwertungsquote von 12 1/2 v. H. auf 15 v. H. notwendig ist. Was geschieht aber mit diesen Mehrbeträgen? Darüber ist nichts bestimmt! Eine Neuregelung ist daher schon zur Beseitigung dieser Lücke in der zur Zeit bestehenden Regelung notwendig, abgesehen von der großen Ungerechtigkeit, die darin für die Altsparker liegt. Denn die über 15 v. H. hinausgehende Aufwertungsquote einer Sparkasse gehört ausschließlich den Altsparkern derjenigen Sparkasse, die zu dieser höheren Aufwertung in der Lage ist. Den Altsparkern durch eine gesetzliche Regelung dieses Geld teilweise wegzunehmen, ist legales Unrecht, obwohl diese abgeführten Beträge teilweise den Sparern anderer Sparkassen zugute kommen sollen. Denn durch diesen guten Verwendungszweck wird das Unrecht nicht eine gute Tat, da über fremdes Gut verfügt wird. Zwar ist die zeitige Regelung im Verordnungswege erfolgt. Sie ist dennoch eine gesetzliche, da diese Verordnung nur deshalb möglich war, weil das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 in § 58 die Ermächtigung zum Erlaß einer derartigen Verordnung gegeben hat. Es ist eine Forderung des primitivsten Rechtsempfindens, daß ein Schuldner seinen Gläubigern mindestens das zurückzahlt, was er noch im Besitz hat.

Kommt man aber zu dem Ergebnis, daß es eine Forderung des primitivsten Rechtsempfindens ist, daß einer das, was er von einem anderen darlehensweise empfangen hat, mindestens insoweit zurückzahlen muß, als er es noch im Besitz hat, so ergibt sich, daß die gesamte Aufwertungsmaße, die eine Sparkasse besitzt, restlos den Altsparkern dieser Sparkasse gehört.

Was die Schädigung des Vertrauens zu den Sparkassen betrifft, so vermag nichts das Vertrauen zu den Sparkassen mehr zu schädigen und dem Publikum die Sympathie zu den Sparkassen zu nehmen, als eine gesetzliche Regelung, die bestimmt, daß alle Sparkassen, die eine Aufwertungsquote von über 15 v. H. haben, diesen Mehrbetrag einem Ausgleichsstock zuzuführen haben, über dessen Verwendung der Innenminister allein Bestimmung trifft, also unter Ausschaltung jeder Rechnungslegung und jeder Kontrolle durch das Parlament eigenmächtig verfügt.

Allerdings sollen aus diesem Ausgleichsstock diejenigen Sparkassen, bei denen das aufgewertete Sparkassenvermögen nicht ausreicht, um 15 v. H. Aufwertung zu zahlen, einen Zuschuß in Höhe von 2 1/2 v. H. ihrer Aufwertungsverbindlichkeiten erhalten. Die sich im Aufwertungsstock ansammelnden Summen werden aber über den hierfür erforderlichen Betrag weit hinausgehen. Die Sparkasse Wanne-Eickel wird rund 4 000 000 RM abzuführen haben. Bei anderen Sparkassen wird es ähnlich sein. Nach einer Schätzung für die Provinz Westfalen rechnet man damit, daß etwa 6 000 000 RM notwendig seien, um die erwähnten 2 1/2 v. H. zu decken, daß aber darüber hinaus über 50 000 000 RM allein in Westfalen zur Verfügung stehen, die an den Ausgleichsstock abgeführt werden müßten zur freien Verwendung des Innenministers. Es wird sich also beim Innenminister ein Fonds von Hunderten von Millionen bilden. Was geschieht aber mit diesem Gelde?

Darüber sagt die angezogene Bestimmung nur, daß auch diese dem Ausgleichsstock zuzuführen sind und der Minister des Inneren über die Verwaltung und Verwendung dieses Geldes zu bestimmen hat.

Wenn auch davon auszugehen ist, daß bei Erlaß der genannten Verordnung bezüglich der Verwendung dieser Mehrbeträge man nicht an aufwertungsremde Zwecke gedacht hat, so bleibt jedoch das große Bedenken bestehen,

en Dank

eint regelmäßig
koholismus und
strebungen die-
als bald auf dem
einen Hand
nehmen, was es
sich an einem
der Sportler,
terwasser seinen
ist werden? Der
machen, das be-
olmizbrauchs ein
derfelbe Reiche-
er ohnehin meist
Getränke solche
en?

n Notjahr 1923.
30.

ationale Fra-
stellung, in der
zur Wiederein-
bieten. Und wir
en und Fraktion
nd Fraktion von

land.

, 31. März.
gibt die neue
aller in den
versuche in we-
doch weder der
en Delegierten
aft" des Präsi-
er, eine entschei-

chaft, in der sich
hender Kriegs-
versprechenden
erklärte, sind
tenbar sind von
Erklärung des
Hoover befürch-
rages im Senat
1919 Wilson,
Bestätigung der
englisch-amerika-
sagte.

ürfnis empfun-
ge einsträn-
Er erklärt jetzt,
n Konsultativ-
als er Gebiete
et sei. Ein sol-
st so weitgehend
offene Vertrag
inne auch dieser
Amerika nur um-
en, daß aus dem
pflichtungen er-
fluß eines Rün-

Frankreich aber
ngosen liegt nicht
ung von Kriegs-
sondern sie wol-
leistung mach-
drohung" Frank-
soll automatisch

n. Gerade alten
in ihrer Jugend
systems verläßt
legenheit, sich die
n höherem Alter

erkehrskursjähri-
Ferdinand Schren,

in seinem Selbst-
in 22480.
Dhm.

ften.

gleichen durch die
ethel.

reißigjährigen Be-
t in Basel. Druck
Basel und Weil am

gestellte Buch be-
haltenen Verlags-
s. Der Richtbuch-
Einblick in die
Verlages, während
rgisnswertes er-
Verzeichnis der
rages seit dessen
mit einem chro-
gen sehr praktisch
s der Autoren und
sten Teil werden
Verlages bekannt
ist oder von beru-
Leben und lernen
ben ihre Eigenart
mischen die schon
nteressiert, sei dar-
lag sie jedem, der
r Verfügung stellt.

den Marschbefehl für die Heere und Flotten der
Welt auslösen.

Da es nun mit der amerikanischen Hilfe nicht
so recht klappen will, sind die Franzosen bemüht,
wenigstens England für Zugeständnisse zu gewin-
nen, wobei sie sich aber darüber im klaren sind, daß
militärische Hilfestellungen auch von England nicht zu
haben sein werden. Die Hauptsache ist ihnen dabei,
daß Frankreich überhaupt Sanktionen zugestanden wer-
den. Sind schon militärische Sanktionen unmöglich,
dann will Paris wenigstens Sanktionen finanzieller
und wirtschaftlicher Natur, in der Hoffnung, daß sich
dann schon alles Weitere von selbst finden wird.

Die Politik der französischen Flottenabordnung
läuft also auf die Wiederbelebung jener Gedankengänge
hinaus, die 1924 zu dem — freilich niemals bestä-
tigten — Genfer Protokoll führten.

Welche Macht ist es nun, gegen die Frankreich „ge-
sichert“ werden will? Daß die Londoner Flottenkon-
ferenz den Franzosen u. a. auch nur eine Angelegen-
heit ihrer allgemeinen Politik ist und eine neue
Gelegenheit für die Verankerung des Versailler Sys-
tems, ist selbstverständlich. Daneben richtet sich der
Londoner Sicherheits-Vorstoß Frankreichs vornehm-
lich aber gegen Italien, von dessen Politik Frank-
reich eine Gefährdung seines Kolonialreiches befürchtet.

Dieser italienisch-französische Gegensatz ist alt und
war bereits — wenn auch wesentlich schwächer —
in der Vorkriegszeit lebendig. Sein Grund ist darin
zu erblicken, daß die französischen Kolonien in Nord-
afrika zu einem erheblichen Teil von Italienern be-
völkert und erschlossen werden, so daß Italien da-
durch einen Bevölkerungsverlust erleidet, während
Frankreich durch die Arbeit italienischer Arbeiter an
politischen und wirtschaftlichen Macht gewinnt. Im
wesentlichen handelt es sich also bei dem französisch-
italienischen Konflikt um den Kampf einer gesättigten
Nation gegen ein noch aufstrebendes Volk, dem es
an Raum für seine Bevölkerung fehlt. Da schließlich
die Flottenkonferenz auch eine Chance für den fried-
lichen Ausgleich der Interessengegensätze ist, kann der
Ausgang der Londoner Beratungen auf die weitere
Entwicklung des italienisch-französischen Verhältnisses
von entscheidender Bedeutung werden.

Das Kabinett Brüning.

Am Dienstag Vorberufung im Reichstag.

Am Sonntagvormittag hat Dr. Brüning seine Mi-
nisterliste dem Reichspräsidenten vorgelegt, der darauf
die Ernennung der neuen Minister vollzog. Das Ka-
binett setzt sich danach wie folgt zusammen:

Reichkanzler: Dr. Brüning;
Außenminister: Dr. Curtius;
Reichsfinanzminister: Dr. Wolbenhauer;
Reichswirtschaftsminister: Dietrich;
Reichswehrminister: Groener;
Reichspostminister: Dr. Schägel;
Reichsverkehrsminister: von Guérard;
Reichsarbeitsminister: Dr. Stegerwald;
Reichsministerium des Innern und Ministerium für
die besetzten Gebiete: Dr. Wirth;
Reichsernährungsminister: Schiele;
Reichsjustizminister: Dr. Brüning;
Minister ohne Portefeuille: Trevisan.

Zum Stellvertreter des Reichskanzlers wurde Dr.
Dietrich bestimmt.

Dr. Brüning beabsichtigt, mit seinem Kabinett am
Dienstag vor dem Reichstag zu treten. Es ist zunächst
nicht beabsichtigt, mit Hilfe des Artikels 48 der Reichs-
verfassung zu regieren, sondern die Regierung wird
wahrscheinlich sowohl die Finanzreform wie auch die neuen
Agrarmaßnahmen zusammen in einem Rahmengesetz
dem Reichstag zur schleunigen Verabschiedung vorlegen.
Die Notwendigkeit, mit Hilfe des Artikels 48 die er-
forderlichen Maßnahmen in Kraft zu setzen, würde sich
erst ergeben, wenn die Erledigung der Reform im
Reichstag scheitern und dieser dem neuen Kabinett das
Mißtrauen aussprechen sollte. In diesem Falle würde
der Reichstag sofort aufgelöst werden.

Das neue Reichskabinett wird am Montagnachmit-
tag um 5 Uhr zu seiner ersten Kabinettsitzung zu-
sammentreten. Der Beginn der Reichstagsitzung am
Dienstag, in der Dr. Brüning die Regierungserklärung
abgeben wird, ist auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt.

Da das neue Kabinett mit Bestimmtheit mit schärf-
ster Opposition der Sozialdemokratie zu rechnen hat,
ist sein Schicksal abhängig von der Haltung der Deut-
schen, die schon durch Stimmhaltung das Kabi-
niet zu Fall bringen können. In diesem Fall wäre mit
Neuwahlen zu rechnen.

Bemerkenswert ist übrigens ein Beschluß der Wirt-
schaftspartei, in dem es heißt: Für den Fall, daß eine
Sammlung der bürgerlichen Parteien nicht zustande
kommt, so daß die künftige Regierung mit einer zahlen-
mäßig ins Gewicht fallenden Opposition auf der Rechten
rechnen müßte, hat sich die Wirtschaftspartei volle Frei-
heit des Handelns vorbehalten.

Hindenburgs Dank an Müller.

An den aus dem Amt geschiedenen Reichskanzler
Ferdinand Müller hat Reichspräsident von Hindenburg
folgendes Dankschreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihren Antrage auf Entlassung aus dem Amte
als Reichskanzler habe ich in Würdigung der parlamen-
tarischen Lage in dem anliegenden Erlaß entsprochen.
Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen beim
Scheiden aus Ihrem verantwortungsvollen Amte na-
mens des Reichs wie auch persönlich Dank und Aner-
kennung für Ihre pflichtgetreue, mühevollen und stets vom
Streben nach Gerechtigkeit getragene Arbeit auszusprechen.
Ich werde die Zusammenarbeit mit Ihnen in guter Er-
innerung behalten.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und
freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener
gez.: von Hindenburg.

Auch den übrigen aus ihren Ämtern geschiedenen
Mitgliedern der Reichsregierung hat der Reichspräsi-
dent bei der Ueberreichung der Entlassungsurkunden
seinen Dank für ihre Arbeit ausgedrückt.

Beschlüsse der Bauernvereine.

Energetische Durchführung der neuen Zollbeschlüsse.
Gegen das deutsch-finnische Zusatzabkommen.

— Berlin, 31. März.

Unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Dr.
Hermes befaßte sich der Vorstand der Vereinigung
der deutschen Bauernvereine nach vorausgegangenen
Ausschüßsitzungen mit der Lage der Landwirtschaft
und den dringlichsten Aufgaben der deutschen Agrar-
Politik. Dr. Hermes wertete die letzten Beschlüsse
des Reichstags als einen Fortschritt auf dem Wege
der Ueberwindung der Landwirtschaftskrise, betonte
aber auch, daß noch erhebliche Arbeit zu leisten ist,
wenn die deutsche Landwirtschaft gefunden soll. Der
Vorstand der Vereinigung sprach danach seinem Prä-
sidenten Dr. Hermes seine Anerkennung aus.

Ihren Niederschlag fanden die Verhandlungen in
einer Entschließung, in der die neue Zollaktion
als einen Schritt vorwärts begrüßt wird. Danach
heißt es:

Allerdings enthalten auch die neuen Zollgesetze wieder
bedenkliche Stellen. So ist z. B. der Roggenzoll in die Neu-
regelung nicht einbezogen worden. Gegen plötzliche Ueber-
raschungen vom Weltmarkt her, die jederzeit eintreten
können, ist keine vollständige Vorkehrung getroffen. Es
wäre zweckmäßig gewesen, zur sofortigen Abwehr solcher
Ueberraschungen der Regierung eine Ermächtigung zu geben
entsprechend der jeweiligen Lage der Zölle festzusetzen.

Ob und in welchem Umfang die neuen Zollgesetze eine
wirksame und ausreichende Hilfe für die Landwirtschaft
bringen, hängt wesentlich davon ab, welchen Gebrauch die
Regierung von den ihr in die Hand gegebenen Ermächti-
gungen macht. Entscheidend ist dabei, daß nicht nur alle im
Gesetz enthaltenen Möglichkeiten schnell und entschlossen
ausgeschöpft, sondern auch, falls Lücken sich zeigen, diese
durch neue Sofortmaßnahmen geschlossen werden.

Der Bauernstand wartet immer noch darauf, daß die
vor fast einem Jahre vom Reichstag beschlossene But-
terzollerhöhung endlich wirksam wird. Das deutsch-finnische
Zusatzabkommen, das eine Bindung der Butterzollerhe-
bung bis zum Jahre 1937 und eine erweiterte Bindung
der Käsebölle in aller Höhe bis zum Jahre 1935 enthält, ist
für den deutschen Bauernstand unerträglich. Die Ratifi-
zierung dieses Zusatzabkommens muß verhindert werden.

Als besonders bedauerlicher Mangel ist festzustellen,
daß die gerade für die bäuerlichen Betriebe besonders
wichtigen Spezialzölle des Obst-, Gemüse- und Wein-
baues, des Tabak- und Hopfenbaues ohne wirksamen Zoll-
schutz sind und auch bei den letzten agrarpolitischen Maß-
nahmen keinerlei Berücksichtigung erfahren haben.

In bezug auf die internationalen Zollverhand-
lungen lehnen die Bauernvereine alle Bindungen ab,
die den notwendigen Ausbau des Schutzes der land-
wirtschaftlichen Produktion verhindern. Bei den schwe-
renden Verhandlungen über die Mitgliedern des
Saargebietes dürfte nicht übersehen werden, daß
die saarländische Landwirtschaft mit der Landwirtschaft
der angrenzenden deutschen Gebiete organisch im Zu-
sammenhang stehe. Es dürfe daher das Saarland in
landwirtschaftlicher Hinsicht keiner Ausnahmebehand-
lung unterworfen werden.

Reform der Sozialversicherung.

Vorschläge der Arbeitgeberverbände. — Ersparnis-
möglichkeiten in Höhe von 500 Millionen Mark.

— Berlin, 31. März.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberver-
bände veröffentlicht eine der Reichsregierung unter-
breitete Denkschrift zur Reform der Sozialversicherung.
Kritik an der Sozialversicherung, so heißt es in der
Denkschrift, dürfe nicht mit der Absicht gleichgesetzt
werden, die Sozialversicherung zu beseitigen. Im Ge-
genteil, die deutschen Arbeitgeberverbände erkennen
ausdrücklich Wert und Notwendigkeit der Sozialver-
sicherung an, die heute zwei Drittel der gesamten Be-
völkerung betreue. Danach heißt es:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberver-
bände hält die Sozialversicherung für einen Faktor
zur Ueberbrückung sozialer Gegensätze zwischen Arbeit-
gebern und Arbeitnehmern in unserem heutigen Wirt-
schaftssystem und folgert hieraus, das Erfordernis der
Erhaltung der Sozialversicherung in allen ihren Zwei-
gen. Die Sozialversicherung kann aber mit ihren Lei-
stungen und Lasten im Interesse der Versicherten selbst
lediglich aus dem Wirtschaftsvertrag schöpfen. Sie muß
— zum Schaden der Versicherten — auf die Dauer
zusammenbrechen, wenn sie dies Gebot verlegt. Unsere
Vorschläge verfolgen daher zunächst das Ziel, Umfang
und Leistungen der deutschen Sozialversicherung diesen
nationalwirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen.

Bei der Reform der Krankenversicherung,
die die Denkschrift im einzelnen besonders zum Gegen-
stand hat, wird die Stärkung des Selbstverantwortungs-
gefühls und der Selbsthilfe des Versicherten gefordert,
um dadurch Mittel für die bessere und ausreichendere
Versorgung der wirklich hilfsbedürftigen und schweren
Fälle zu gewinnen. Darüber hinaus fordert die Ar-
beitgebervereinigung die Einschränkung der Bagatel-
fälle, die Einführung von Wartetagen beim Kranken-
geldbezug, die finanzielle Beteiligung des Versicherten
bei Entnahme des Krankengeldes, Herabsetzung des
Grundlohnes für die Berechnung der Beiträge und
Leistungen, Mitwirkung der Arbeitgeber bei der Bei-
tragserhöhung, sowie eine Gruppenabstimmung der Ar-
beitgeber und Arbeitnehmer bei der Bestellung von
Beamten und Angestellten. Das vertrauensärztliche
Kontrollsystem müsse weiter ausgebaut, die Soziali-
sierung des ärztlichen Standes verhindert werden.

Von der Durchführung der Reformvorschläge
wird auf dem Gebiete der Krankenversicherung ein Ersparnis-
möglichkeit von 500 Millionen Mark und im Zusam-
menhang damit eine Herabsetzung der Beiträge um ein-
einhalb bis zwei Prozent erwartet.

Die Besteuerung der freien Berufe.

Wird der preussische Staatsrat Einspruch einlegen?

Im preussischen Staatsrat wurde, nachdem der
Landtag die Besteuerung der freien Berufe in der
dritten Lesung des Steuerreformgesetzes beschlossen hatte,
den Beschluß in der Schlussabstimmung bestätigt hat-
te, im Hauptauschüß und in den Sitzungen der Fra-
tionen sehr eingehend die Frage besprochen, ob der
Staatsrat gegen die Besteuerung der freien Berufe
Einspruch einlegen soll. Ein Ergebnis wurde noch

nicht erzielt. Man beschloß vielmehr, am Mittwoch er-
neut zusammenzutreten, um die Frage zur Entschei-
dung zu bringen. Finanzminister Dr. Höpfer-Wischhoff
erklärte, wenn der Staatsrat Einspruch einlegen würde,
könnte man das Scheitern des Gesetzes mit Sicherheit
voraussetzen, da eine Zweidrittelmehrheit im Land-
tag nicht zu erhoffen sei.

Lärm im Landtag.

Ein Kommunist von der Sitzung ausgeschlossen.

— Berlin, den 29. März 1930.

Der Preussische Landtag führte heute die Aus-
sprache über den zweiten Abschnitt des Justizhaushalts,
der den Strafvollzug betrifft, zum Abschluß. In der
Debatte sprachen nur der Justizminister Dr. Schmidt
und eine Vertreterin der deutschen nationalen Fraktion.
Verbunden mit der Beratung waren Anträge des
Hauptauschusses, die den Ausbau der Fürsorge für
entlassene Sträflinge und Erleichterungen für poli-
tische Gefangene forderten. Zum Schluß der Sitzung
kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommuni-
sten und dem Präsidenten Bartels. Die Kommuni-
sten erklärten, durch den Schluß der Aussprache
überrascht worden zu sein und beschimpften das Ver-
fahren des Präsidenten als „gemeine Hinterhältigkeit“. Der
kommunistische Abgeordnete Menzel, der den
Landtag einen „überflüssigen Stall“ nannte, erhielt
mehrere Ordnungsruufe und wurde schließlich von der
Sitzung ausgeschlossen. Das gleiche Schicksal widerfuhr
dem Kommunisten Steinfurt.

Justizminister Dr. Schmidt

leitete die Aussprache mit einer längeren Rede über den
Stand des Strafvollzuges ein. Die bedeutsamste Arbeit
auf diesem Gebiete sei die Verordnung über den Straf-
vollzug in Strafen vom 7. Juni 1929 und ihre Durch-
führung in der Praxis. Um die Gefahr der Ansteckung der
Knechte durch Menschen, die schon tiefer abgeglitten
seien, zu bannen, sei eine strenge Scheidung derjenigen,
die bereits eine große Zahl Verurteilungen hinter sich hätten,
von denjenigen, die nur geringe oder überhaupt noch nicht
vorbestraft seien, vorgezogen. Die Verordnung möchte er-
reichen, daß die Gefangenen mit Hilfe einer selbstgewollten
und selbstgeordneten Disziplin in die Aufgabe hineingewachsen.
Träger von Verantwortungen zu sein. Aus diesem Be-
streben heraus eröffne die Verordnung den Gefangenen
den Aufstieg in die höheren Stufen, die als Stufe II
oder Anstalt für Geförderung und als Stufe III oder Aus-
gangsanstalt auch räumlich von den Eingangsanstalten
getrennt sein sollen. Auf alle, in denen ein guter Funke
lebe, werde die Möglichkeit, ihr Schicksal selber in die
Hand zu nehmen, sich die Freiheit in der oberen Stufe
gewissermaßen zu verdienen, anfeuernd wirken. Aller-
dings könne man heute noch nicht mit Erfolgen aufwarten,
da die Verordnung erst am 1. Oktober 1929 in Kraft
getreten sei. Um das Programm zu verwirklichen, sei
eine weitgehende Umgestaltung der Anstalten erforderlich.
Eine große Anzahl von Strafanstalten, die für den moder-
nen Strafvollzug unbrauchbar waren, seien bereits ge-
schlossen, in zahlreichen anderen sei für moderne Arbeits-
einrichtungen gefordert worden. Voraussetzung für die Durch-
führung der Reformen sei selbstverständlich auch eine ge-
wisse Umstellung der Beamtenchaft. Hier gelte es insbe-
sondere die Ausbildung der vorhandenen Beamten und die
Heranbildung eines guten Nachwuchses.

Abg. Frau Mehlis (Dnt.) hatte nichts gegen Re-
formen im Strafvollzug einzuwenden, erklärte aber, die
Strafe dürfe dabei nicht ihren Sinn, nämlich den Schutz
der Gesellschaft vor den Rechtsbrechern, verlieren. Vor
übertriebenem Optimismus und falscher Sentimentalität
müsse gewarnt werden. Man denke heute eigentlich nur
noch an den Verbrecher und kaum noch an die Opfer
und ihre Angehörigen. (Sehr richtig!) Das Wesen der
Justiz müsse Härte sein, denn der Verbrecher sei hem-
mungslos und kenne keine Rücksichten. Im Mittelpunkt
des modernen Strafvollzuges müsse die Seelsorge stehen.
Im weiteren Verlauf der Sitzung erledigte der
Landtag dann noch die Einzelberatung und vertagte
sich danach auf Montag. Auf der Tagesordnung steht
die Beratung des Kultushaushalts.

Frankreich für den Youngplan.

Große Mehrheit in der Kammer.

Die französische Kammer hat in einer Nachtsitzung,
die sich von Sonnabend abend bis in die Morgenstun-
den des Sonntags hinzog, die Haager Abkommen und
den Youngplan mit 545 gegen 40 Stimmen ange-
nommen. Ministerpräsident Tardieu hatte im Zusam-
menhang mit der Ratifizierung die Vertrauensfrage
gestellt.

In der Nachtsitzung nahmen noch einmal die Abge-
ordneten der verschiedensten Parteien das Wort. Als
letzter Redner bestieg Herriot noch einmal die Tribüne
und erklärte, daß er sich mit den Ausführungen Tar-
dieus bezüglich der Anwendung des Artikels 13 des
Völkerbundsvertrages zufrieden gegeben hätte, wenn der
Ministerpräsident im Laufe des Nachmittags nicht einige
Reserven über die Handlungsfreiheit gemacht hätte, die
in einem Fall in Kraft trete, wenn der Völkerbunds-
pakt verfolge. Es könne selbstverständlich eintreten, daß
Artikel 13 des Völkerbunds ungenügend erscheine. Was
bedeute dann Handlungsfreiheit? Militärische Sankti-
onen? Man habe sie einmütig beiseitegelegt, und das sei
eine Ehre für Frankreich. Außer diesen militärischen
Sanktionen gäbe es aber noch wirtschaftliche Sanktionen,
die schwerer sein könnten als die militärischen und die
manchmal den Schuldner in eine vorteilhaftere Lage
versetzten als den Gläubiger. Sodann betonte er noch-
mals, daß man sich bemühen müsse, im Rahmen der
internationalen Sanktionen zu bleiben. Nachdem die
Kammer dann noch verschiedene Zusatzanträge abgelehnt
hatte, wurde zur Abstimmung geschritten.

Beschlüsse des Reichsrats.

Doppelvorlage beim Haushilfsengesetz.

In der Reichsratsitzung vom Sonnabendabend
wurde vom Reichsrat, ohne Einspruch zu erheben, von
der Verabschiedung folgender Gesetze durch den Reichs-
tag Kenntnis genommen: Novelle zur Nachschußord-
nung, Beteiligung des Reiches an der Preußenkasse,
Bemerkung der Industriebelastung, Nothaushalt für
1930 und Nachtragshaushalt für 1929.

Das neue Haushilfsengesetz fand dann bei Stim-
menthaltung des Landes Thüringen Annahme. Die Aus-
schüsse haben verschiedene Änderungen vorgekommen

und dabei unter anderem auch gegen den Widerspruch der Reichsregierung die Bestimmung eingefügt, daß den Ländern die durch den erweiterten Arbeitskreis entstehenden Mehrkosten vom Reich erstattet werden sollen. Die Reichsregierung hat sich daraufhin die Einbringung einer Doppelvorlage vorbehalten.

Am Schluß der Sitzung wurden noch Verordnungen zur Ausführung des Republikstiftungsgesetzes und des Mathegesetzes angenommen. Die nächste Sitzung findet am 4. April statt.

Politische Rundschau.

Nach zehnjähriger Tätigkeit verabschiedete sich der Staatssekretär a. D. Oberpräsident Dr. Schwander von der Provinz Hessen-Nassau.

In einem Rundfunkvortrag in Königsberg erklärte der preussische Ministerpräsident Braun, der Staat sei nicht gesund und lebensfähig, in dem einzelne Personen oder Berufe sich auf Kosten der Allgemeinheit Gewinne und Machtpositionen verschaffen könnten. Eine schlechte Verwaltung verderbe weit mehr, als das gute Wirtschaften hunderttausender Einzelleistungen im Volke gutzumachen vermöge.

Rundschau im Auslande.

In der französischen Kammer kündigte Kriegsminister Maginot eine verstärkte Mechanisierung des Heeres, also die Erhöhung des Motorenbestandes der Armee, an.

Nach einer Mitteilung im englischen Unterhaus sind während des Weltkrieges 264 englische Soldaten wegen Fahnenflucht und 18 wegen Feigheit vor dem Feinde erschossen worden.

Wegen des Aufstandes in der französischen Kolonie Tonkin wurden 33 Aufständische zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 39 zum Tode verurteilt.

Näherung der deutschen Schulen in Pommern.

Der deutsche Senator Barczewski hat im polnischen Senat mitgeteilt, wie sehr sich in Posen und Pommern das Verhältnis der deutschen Schulen zu den polnischen verschoben hat. Im Schuljahr 1924-25 waren von den dortigen Schulen 70 v. H. deutsch und 30 v. H. polnisch, 1927-28 58 v. H. deutsch und 42 v. H. polnisch.

Deutsche Farmer am Kilimandscharo.

Im früheren Deutsch-Ostafrika siedeln sich allmählich wieder mehr deutsche Kolonisten an. Besonders am Westabhang des Kilimandscharos betreibt jetzt eine Anzahl von deutschen Farmern den Kaffeebau.

Ein Kabinettskabinett Elawef.

Die polnische Kabinettskrisis beendet.

Der polnische Staatspräsident hat den Vorsitzenden des Regierungsbüros, Oberst Elawef, am Sonnabend nachmittag mit der Kabinettsbildung beauftragt. Das neue Kabinettskabinett ist bereits ernannt und die Vereidigung der Minister vollzogen worden.

Von den bisherigen Ministern verbleiben fast alle im Kabinettskabinett, so Marschall Pilsudski, Jazewski, Natankowski usw. Nur Professor Bartels und Justizminister Dutkiewicz scheiden aus. An die Stelle des letzteren tritt der ehemalige Justizminister Car. Handelsminister Kwiatkowski bleibt vorläufiger Leiter seines Ministeriums. Die entscheidende Schlußbesprechung fand gegen 19 Uhr bei Marschall Pilsudski statt, worauf sich Oberst Elawef zum Staatspräsidenten begab.

Bei der neuen Regierung hat man es mit einem ausgesprochenen Kurswechsel im Sinne einer Verstärkung der Diktatur zu tun.

Tagung des Kirchenausschusses.

Keine wirkliche Abkehr Rußlands von der Religionsbekämpfung.

Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Kapler versammelte sich der deutsche Evangelische Kirchenausschuß in Berlin zu seiner Frühjahrstagung. Die Beratungen galten u. a. den Vorbereitungen für den diesjährigen Zusammentritt des „Deutschen Evangelischen Kirchentages“, der obersten Vertretung der im Kirchenbund zusammengeschlossenen Landeskirchen. Die vom Deutschen Kirchenbund veranstaltete Gedächtnisfeier der Augsburgischen Konfession, der die Mitglieder des Kirchentages geschloßen beizuhören, ist auf den 24. und 25. Juni festgesetzt. Der Kirchentag selbst wird am 26. Juni in Nürnberg zusammentreten.

Dem Präsidenten des Kirchenausschusses wurde der Dank ausgesprochen für seinen Aufruf an die deutschen Kirchen zur Fürbitte für die verfolgten Glaubensbrüder in Rußland. Es kam zum Ausdruck, daß man in den jüngsten Manifesten keine wirkliche Umkehr von dem Wege der religiösen Verfolgungen erblicken könne.

Der Kirchenausschuß beschäftigte sich ferner mit Anträgen seiner sozialen Kommission. Auf die Eingabe des Präsidenten des Kirchenausschusses zur Schaffung eines Rentnererwerbsgesetzes hat die Reichsregierung mitgeteilt, daß ein Gesetzentwurf

vorgelegt, der den Ausmaß der Rentnererwerbsgrenze und die Abstellung bestehender Mißstände erstrebt.

Letzte Meldungen.

Schiedspruch im Tarifstreit der Reichsbahnangestellten. — Berlin, 31. März. Im Tarifstreit der Deutschen Reichsbahnangestellten mit den Angestelltenvereinigungen hat unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichters, Vortragenden Rat Dr. Böllers, eine Schlichtungsverhandlung in Berlin stattgefunden. Da eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, fällt die Schlichterkammer einen Schiedspruch, nach dem der Reichsangestelltenvertrag unverändert wie der in Kraft gesetzt wird.

Schiedspruch für das sächsische Baugewerbe. — Dresden, 31. März. Nach 14stündiger Verhandlung fällt das erweiterte Tarifamt in Dresden folgenden Schiedspruch: Der jetzt bestehende Lohn bleibt bis zum 31. März 1931 bestehen. Die Parteien haben sich bis zum 3. April, 18 Uhr, über Annahme oder Ablehnung zu erklären.

Hinweis: Der Gesamtanfang der heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der „Neuanstalt am Donnersberge, bei Mannheim in der Pfalz“ bei, auf den wir an dieser Stelle hinweisen.

Bethel.

Missions-Näheverein. Zum Missionsnäheverein am Mittwoch den 2. April, 3½ Uhr im Großen Hofplatz, betet sich ein L. Trittelberg.

Die diesjährige Ausstellung von Schülerarbeiten findet statt in der Haushaltungsschule Eichardts am Mittwoch, dem 2. April, vormittags von 10 bis 12, nachmittags von 2 bis 7 Uhr. Zur Besichtigung wird freundlich eingeladen.

Salatpflanzen hat der Quellsenhof abgegeben.

Anzeigen aus Bethel.

Harmonium, gebraucht, „Hofberg“, zweipfeilig, zum halben Preis abgegeben. Wo, sagt die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Trockenes Anmachholz hat abgegeben Morija.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Gemüse-, Feld- u. Blumenamen

Knochengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien. Baumstulartikel: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelbäume. — Blütenstauben usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Ausführliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Zum Osterfest

Sonderausgabe unseres Wochenblattes „Für Herz und Haus“. Ein vierseitiges Verteilblatt.

Verteilblatt.

Schon illustriert, geeignet zum Verteilen an den Kirchtagen und Friedhöfen. Eine schöne Gelegenheit, um mit dem Evangelium von der Osterbotschaft an breitesten Massen unseres Volkes heranzukommen. Preise:

100 Stk. RM 2,50 (von 100 Stk. ab portofrei)
500 Stk. RM 10, — 1000 Stk. RM 15, —

Probenummer auf Wunsch.
Bestellungen erbeten an

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Für Herz und Haus“

Postfachkonto Hannover 7382

Aufruf!

In unserer bewegten Zeit ist es Pflicht der gläubigen Kaufleute, in ihrem Berufsleben ein entschiedenes Zeugnis für positives Christentum aufzurichten, um dem ins Wanken gekommenen alten Grundsatz von Treu und Glauben im Erwerbsleben wieder volle Geltung zu verschaffen und die gesunkene Geschäftsmoral zu heben. Dazu ist der Zusammenschluß aller gleichgesinnten Berufsgenossen beiderlei Geschlechts erforderlich.

Jeder deutsche Kaufmann, ob Chef oder Angestellter, welcher auf dem Boden eines lebensvollen, biblischen Christentums steht, sollte daher die Mitgliedschaft unseres Verbandes bei der nachstehenden Geschäftsstelle beantragen:

Verband gläubiger Kaufleute
Geschäftsstelle Walter Brinck,
Essen-Bredeney, Einigkeitstr. 25.

Kleiderstoffe

In großer Auswahl

Woll-Schotten

das Meter zu 4.25 4.00 3.15 2.60

2.00

Natté

das Meter zu 3.85 3.70

3.15

Crêpe Caid

das Meter zu 4.00 3.50 3.15

2.75

Crêpe Caid und Ripse

130 cm. breit, das Meter zu 7.50 6.25 5.85 4.75 4.40

3.90

Popeline

das Meter zu 3.90 3.25 3.00 2.25

1.95

Tweed

das Meter zu 2.70 2.40 2.00 1.70

1.35

Tweed

doppelte Breite, reine Wolle, das Meter zu 5.25 4.40

3.40

Mantelstoffe

140 cm breit, das Meter zu 8.00 7.50 6.00 5.25

4.75

Heinr. Hirz

Bielefeld

Obernstr. 35 Obernstr. 35



Für Konfirmanden, vaterlos, gut bezahlt, sehr fleißig und gewandt, suche ich Stelle als

Lehrling.

Neigung zu Kaufmann (auch Hotelfach) und Handwerk. Vermittlung erbeten.

Pfarrer Romberg,
Bad Homburg v. d. Höhe,
Gonzenheim.

Wer beteiligt sich

an ausrichtsreicher fertiger Neugründung. Aufnahme der Fabrikation von Formmann-Holz für größeres Lizenzgebiet auf Grund vorhandenen Vertrages. Ein-Angebote erbeten unter N 6381 an die Geschäftsst. des Aufwärts.

Südamerik. Maté

Paraguaytè

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen, Hindenburgstraße
Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophr. erhältlich.

Der Deutsche Rundfunk hat seinen Programmteil wieder um 8 Seiten erweitert!

Jede Woche nach wie vor die Zeitschrift mit dem ausführlichsten Funkprogramm der Welt!

80 Seiten für 50 Pf. • Monatsbezug RM 2.-
Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung
Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24

Nr. 78.

Men
Und
So f
Was

Eine

Es wird von

welche die im

über eine bevo

land machten,

melben die pol

an den russisch

Bauern und S

da und dort au

sektivitätsthe

wäre auch zwei

meinschaftsarb

er jedoch in f

dung bauernfe

Ziel der gänzli

maßen freien

Reinge der r

allerdings auch

Eine Masse

bereits im G

alle noch die

im Winter in

vom Schicksal

sind inzwischen

Teil nach Bra

Deutschland b

lau in diesen

untergebracht

die an schwer

heit des Lager

Wenn das,

werden wir b

linge an unse

hereinlassen

über nachzuden

fern eines rück